

Bonn wird von seiner Mission nicht nur den ideellen Nutzen pathetischer Vergleiche mit dem Frankfurt von 1848 haben: Es werden Bauarbeiten nötig, deren Kosten die Länder tragen.

Die Parlamentarier sollen in der Pädagogischen Akademie tagen, etwas außerhalb der Stadt, am Schicksalsstrom. Drei Monate lang.

Hausmeister Bünk freut sich: „Wir kriegen endlich alles ordentlich gemacht“. Dabei zeigt er auf die verschmierten Wände. Frischgeölte Hörsaal-Böden werden zwar von den Bauhandwerkern wieder verkratzt. Aber dafür wird das Parkett in der Aula mit Spänen abgezogen und mit echtem Bohnerwachs auf Hochglanz poliert.

Die Akademie-Aula mit ihren unbequemen Holzstühlen soll Plenarsaal werden. Zur Erleuchtung der Verfassungs-Autoren bekommt der kahle Raum schon große Lampen. Die Südseite des holzgetäfelten Saales ist verglast und gibt den Blick auf das Siebengebirge frei.

Theater- und Varieté-Vorstellungen in der Aula hat die Baupolizei unlängst verboten, weil weder Zuschauerraum noch Bühne den Sicherheitsvorschriften genügen. Das hält allerdings die belgischen Truppen nicht von ihren Welfare-Aufführungen ab. Beim „Weißen Rößl“ schleppten sie sogar zwei leibhaftige Rösser auf die baupolizeilich angeknackste Bühne, von der herab am 1. September Hessens Stock die erlauchte Versammlung eröffnen wird.

Die Akademie hat Semesterferien. Das neue Semester braucht wegen des parlamentarischen Intermezzos nur um 14 Tage verschoben zu werden.

Die Akademieverwaltung hat verhältnismäßig wenig damit zu tun, daß das Gebäude in einen „parlamentarisch würdigen Zustand“ gebracht wird. (Hörsäle werden zu Fraktionsräumen und Nachrichten-zentralen mit Telefon und Fernschreiber.) Nur die Sportlehrerin mußte dem Verwalter Schmidt ein Klagegeld über die Unterbringung der Sportgeräte singen. „Das ist alles nur zweitrangig gegenüber einem Weststaat“, beschwört Schmidt die sportsbürgerliche Einsicht.

In dem weißen Akademie-Kubus werden nur Parlament und Fraktionen tagen. Dem Präsidenten der Versammlung und seinem Stab stehen im Bonner Koenig-Museum repräsentativere Räume zur Verfügung.

Dort sollen auch die Staatsempfänge zelebriert werden. Museumsdirektor Dr. von Jordans beklagt allerdings die viel zu kleinen Räume, die gar nicht für die staatliche Repräsentation geeignet seien. Man muß ihn erst an die Chance erinnern, das seit drei Jahren nicht ausgebesserte Dach und die Glaskuppel in der großen Halle repariert zu bekommen.

Im Koenig-Museum, das 1934 fertig wurde und fast vier Millionen Mark gekostet hat, ist eine große zoologische Sammlung untergebracht. Museumsgründer Geheimrat Professor Dr. Alexander Koenig schenkte 1929 das Institut dem Deutschen Reich. „Reichsinstitut“ steht in verschlungenen Buchstaben über dem Portal, und die Wissenschaftler, die in den stillen Sälen arbeiten, sprechen noch vom Reichsinstitut und dem Reichsbauamt, das die Arbeiten ausführen soll.

Weil jetzt die Räume Laien zugänglich gemacht werden sollen, sorgen sich die Herren um ihre Sammlung, die sechs Millionen D-Mark wert ist. Sie wissen nicht, wohin mit den Schaukästen. Einige davon hat der Naturschriftsteller Bengt Berg aufgestellt, der 1926/27 im Institut als Präparator gearbeitet hat.

Am 17. bekam Bonn den parlamentarischen Auftrag, am 25. muß alles für eine

Vorbesprechung fertig sein. Allerdings hatte Ministerpräsident Arnold schon eine Woche vorher wissen lassen, er habe Bonn als parlamentarischen Sitz vorgeschlagen.

Oberstadtdirektor Langendorfer sieht schon auf seinem Vorflur das große Bild von der verfassunggebenden deutschen Versammlung 1948 hängen. Einstweilen hängt dort nur der Deutsche Reichstag von 1892 mit Caprivi und den Sozialdemokraten Liebknecht und Bebel.



Zu Stühle — Wo die Verfasser sitzen werden

Die munteren Bäume der Freiheit

Ueber jedes erträgliche Maß

Es war der 13. und außerdem ein Freitag. 53 von 61 Abgeordneten des süd-württembergisch-hohenzollerischen Landtags wählten Dr. Gebhard Müller zu ihrem neuen Staatspräsidenten. Drei wählten nicht, und fünf Stimmzettel wurden weiß zurückgegeben. Auf der linken Seite des Speisesaales im alten Zisterzienser-Kloster von Bebenhausen bei Tübingen saßen fünf Kommunisten.

Jovial schüttelte der neue Staatspräsident die Hand seines alten Chefs aus dem Justizministerium, Carlo Schmid. Der Vorgesetzte des Ministerialrats Müller ist jetzt der Stellvertreter des Staatspräsidenten Müller. Aus Schmid's Plänen, nach dem Tode von Lorenz Bock selbst den Zusammenschluß der südwestdeutschen Länder zu managen, wird nun nichts.

Dr. Gebhard Müller, CDU-Mann aus Ueberzeugung und Berechnung (Südwest-ttemberg ist fast rein katholisch und hat in Rottenburg einen Bischofssitz), ist ein ebenso eindeutiger Verfechter des Zusammenschlusses wie Carlo Schmid, für den er lange genug das Justizministerium leitete, weil Schmid als SPD-Schöngest und Reichsvorstandler dauernd unterwegs war.

Die beste Unterstützung bei seiner Staatspräsidentenarbeit wird er an dem katholischen Bischof Sproll haben, in dessen Diözesenverwaltung er lange gearbeitet hat. Bischof Sproll festigte auch seine politische Substanz in christlichem Sinne; denn der junge Tübinger Student Müller, der erst Philosophie und später Jura hörte, neigte nach seiner sozialistischen Grund-

schule in Dr. Karl Sonnenscheins Berliner „Sozialstudentischer Gemeinschaft“ mehr zu den Sozialdemokraten als zum Zentrum.

Nach dem Zusammenbruch lernten ihn die Christlich Sozialen als zähen und verschlossenen Arbeiter kennen. Nur seine Angina pectoris machte ihm schwer zu schaffen.

Die Tübinger haben deswegen auch bisher wenig von ihrem Staatsoberhaupt gesehen. Die wohlgenährten Polizisten vor

dem Staatsministerium, das sich im Deutschen Institut für ärztliche Mission etabliert hat, brauchten nur einmal die Hände aus den Taschen zu nehmen, um den kahlköpfigen Staatspräsidenten mit der dunklen Hornbrille zu begrüßen.

Seit Staatspräsident Lorenz Bocks Tode (er starb abends, nachdem er den ganzen Tag mit den Franzosen erfolglos verhandelt hatte, an Darmlähmung) war die Situation etwas unklar gewesen. Einen Tag vor Bocks Beerdigung war die Regierung unter Protest zurückgetreten (vgl. „Spiegel“ Nr. 32/48). „Die Mitwirkung einer deutschen Regierung an Maßnahmen, die den Lebensstandard unseres Volkes zwangsläufig unter jedes erträgliche Maß herabdrücken müssen“, hatte Carlo Schmid gesagt, „würde eine Verletzung der seitens der Regierung dem Volk gegenüber verfassungsmäßig übernommenen Pflichten darstellen.“

Aber Emil Niethammer, CDU-Professor, Verfassungsmitschöpfer und Präsident des Staatsgerichtshofes, hatte das nicht korrekt gefunden. Nach dem Tode des Staatspräsidenten habe die Regierung gar nicht mehr existiert und demgemäß auch nicht mehr zurücktreten können. Trete sie aber doch zurück, so sei sie dann in keiner Weise mehr aktionsfähig, auch nicht zur Führung der Geschäfte. Es müsse also sofort ein neuer Staatspräsident gewählt werden.

Emil Niethammers CDU-Freunden leuchtete diese Argumentation zwar nicht völlig ein (die Verfassung ist in diesem Punkt etwas unklar), aber daß ein Staatspräsident schnell gewählt werden mußte, war ihnen doch klar; denn im Rumpfkabinett

wären die christlichen Demokraten ohne ihn zu überstimmen gewesen, und daß bei den trizonalen Premiers-Treffen für CDU-Bock nun SPD-Schmid auf die Reise gehen sollte, erschien ihnen auch nicht wünschenswert.

Guillaume Widmer, ehemals Bankbeamter in Paris und jetzt glattgescheitelter eleganter Besatzungsgeneral, steuerte einen weiteren Gesichtspunkt bei. Für den Zonenchef Koenig nutzte er die Gelegenheit, die trizonenfreundliche Regierung aus dem Demontage-Schmollwinkel herauszulocken oder ihr das Regieren unmöglich zu machen: „... habe ich die Ehre, Ihnen bekanntzugeben, daß die zurückgetretene Regierung nicht mehr als Volksvertretung an den laufenden Beratungen der Ministerpräsidenten über die Beschlüsse der Grenzänderungen teilnehmen kann. Die zurückgetretenen Minister sind demnach bei diesen Entscheidungen keine rechtsgültigen Vertreter Württembergs-Hohenzollerns!“ Die Südwürttemberger waren für die Franzosen schon immer schwieriger gewesen, als Leo Wohleb in Südbaden.

Es blieb also nur die Wahl, entweder wieder eine Regierung zu bilden, also an Maßnahmen mitzuwirken, „die den Lebensstandard unter jedes erträgliche Maß herabdrücken müssen“, oder keine Regierung zu bilden und die Vereinigung Württembergs und Badens über jedes erträgliche Maß in die Länge zu ziehen.

Es gab einen Kompromiß. Carlo Schmid und seine Leute wollen zunächst einmal geschäftsführend weitermachen. Gebhardt Müller kuriert indessen in einem kleinen Albdörfchen seine Angina pectoris und überlegt, wie es endgültig werden soll. Er hat sich nämlich bei den Franzosen für Zusammenarbeit ausgesprochen. Ob aber die alten Minister, die sich so exponiert haben, mitmachen werden, ist ungewiß. Gebhardt Müller hofft indessen, daß sie ihre Bedenken zurückstellen.

Vor September wird es aber auf keinen Fall etwas mit der Regierung werden. Der Industrie-Abbau liegt dem Kabinett doch zu sehr auf dem Magen.

Schwache Feinde. Die Demontage ist nicht das einzige, was den Württemberg-Hohenzollern das Regieren verleidet. Da sind noch die DM-Summen, nach denen die Franzosen immer verlangen und die den ganzen Länderhaushalt durcheinanderbringen. Da ist französisches Kapital, das in die Rumpf-Industrie eindringt. Und da ist die französische Initiative in der Erziehung.

Kultusminister Dr. Albert Sauer von der CDU las dem empörten Landtag ganze Absätze aus dem „Deutschen Lesebuch, 3. Band“ vor, das im Sommer 1947 im Verlag Franz Burda, Offenburg, erschien und von den französischen Kreis-schuloffizieren verteilt wurde.

„Napoleon bricht auf nach Syrien. Als Jaffa fällt, ergeben sich 3000 türkische Soldaten. Was soll mit ihnen geschehen? Behalten? Seine eigenen Leute darben, auch braucht er dann Tausend von den Seinen als Bewachung. Nach Hause senden? Er hat keine Schiffe. Austauschen? Der Feind hat keine Gefangenen. Freilassen? Dann besetzten sie Akkon, die nächste Festung. Drei Tage bedenkt er es bei sich, dann stimmt er zu. Die Gefangenen werden ans Meer geführt und getötet.“ (Napoleon in Aegypten, Seite 168)

Neun Seiten weiter wird von dem gleichen Napoleon gesungen:

An die Schlachten denkt der Held im Geiste, die er schlug, an sein erprobtes Heer, den des Südens Steppen nicht bezwungen, den der Frost des Nordens kaum besiegt.

Auf Seite 201 werden die Preußen verdammt, die von jeher ihren Ruhm darin gesucht hätten, Triumphe über schwache Feinde mit Ecclat davonzutragen und sich an den Wehrlosen mit der ganzen Wollust des Blutdurstes zu rächen. Beweis: die zahllosen Niedermetzungen von Verwundeten und sich Ergebenden auf allen Schlachtfeldern. (Gegenbeweis: Napoleon, Seite 168).

Es würde überhaupt zu viel geschossen und gemordet auf den 272 Seiten des Schullesebuches, und vieles sei nicht geeignet, „den jungen Menschen aus der Triebhaftigkeit des irdischen Seins emporzuheben“, sagt der Landtag. Echte Dichtung, die doch in Schwaben zur Genüge gehortet liege, sei in dem Buche durchaus zu kurz gekommen.

Dann wurde aus dem Kapitel (Seite 257 bis 263) „Kz Papenburg-Esterwegen“ (Aus Kurt Singer und Felix Burger: „Karl von Ossietzky“) zitiert:

„Aus welcher Ecke Deines Vaterlandes her hat sie Dich ausgespuckt? Das hab ich mir gedacht, aus Hamburg. Katholiken und aus Hamburg, da kommt so 'ne besonders verkommene Sorte Katholiken, Juden und Marxistschweine her.“

„Hände runter, Ihr Scheißkerle! Befriedigt betrachtet die SA das Fahnen-tuch, das voller Rotz und Spucke war.“

„Austreten? Zieh Dein Wasser hoch und spuck aus.“

Die schwäbische und die französische Meinung über dieses Buch gehen auseinander. Hinter der schwäbischen stehen die Erziehungsberechtigten und die Kirche. „Das Buch entspricht nicht den sittlichen und erzieherischen Aufgaben eines Lesebuches“, sagt Kultusminister Albert Sauer.

Wenn auch nicht alles vollkommen sei, so habe es doch nicht die Mängel, die man ihm vorwerfe; behaupten die Franzosen. Im übrigen hat man in Baden-Baden zu verstehen gegeben, daß die Militärregierung in Sachen Erziehung nicht nur ein Veto, sondern das Initiativrecht habe.

Versöhnlich wirken Goethes Worte aus „Hermann und Dorothea“ über das „Französische Evangelium der Freiheit“:



Habe die Ehre
Widmer, General



Habe die Hoffnung
Müller, Präsident

„Darauf begann der Krieg, und Züge bewaffneter Franken rückten näher. Allein sie schienen nur Freundschaft zu bringen, und sie brachten sie auch: denn ihnen erhöht war die Seele. Allein sie pflanzten mit Lust die munteren Bäume der Freiheit, jedem das Seine versprechend und seine eigene Regierung.“

Am anderen Tag in Karlsruhe pflanzte Schwabens „eigene Regierung“ (ohne ihren inzwischen anginaerkrankten neuen Staatspräsidenten) die munteren Bäume der Freiheit und versuchte, zusammen mit Württemberg-Baden, das noch im südlichsten Baden zart und klein wuchernde Unkraut auszuzupfen.

Gastliche Verpflichtungen

Im Staate Dänemark

Dänemarks Gustav Rasmussen war der erste ausländische Diplomat, den die Russen durch ihre blockierte Zone nach Berlin reisen ließen. Mit dem Auto kam er am Dienstagabend aus Richtung Warnemünde in Berlin an. Um mit den Russen über die deutschen Flüchtlinge in Dänemark zu verhandeln, sagte das britische Außenamt. Die dänische Militärmission schwächte ab: „... um den alliierten Kommandos in Berlin einen Höflichkeitsbesuch abzustatten“.

Es ist das dritte Mal innerhalb von ein paar Wochen, daß sich Gustav Rasmussen ganz direkt und persönlich mit der Deutschland-Politik seines dänischen Außenamtes befaßt: Zuerst empfing er in Kopenhagen den britischen Zonengouverneur Robertson. Um die dänische Bereitschaft zu erörtern, den Fall Berlin vor die UNO zu bringen, wie es hieß. (Von der Bereitschaft sei nichts zu merken gewesen, wußte damals die Welpresse. Allerdings nur aus „gutunterrichteten Kreisen“.)

Dann reiste Gustav Rasmussen zum ersten Male nach Deutschland (Eckernförde), um etwas für seine Südschleswig-Dänen